

13. September 2019

Algerien: Christen protestieren gegen Kirchenschließung

Innenministerium wirft protestantischen Kirchen „subversives Verhalten“ und „destruktive Pläne“ vor

(Open Doors, Kelkheim) – Am frühen Morgen des 2. September stattete die Polizei der Evangelischen Kirche „Prince de Paix“ (Friedensfürst) im [algerischen](#) Ighzer Amokrane einen Besuch ab und versiegelte das Gebäude. Bereits Mitte August war eine behördliche Anordnung zur Schließung der Kirche erlassen worden. Die Gemeindemitglieder hatten das Gebäude daraufhin zeitweilig besetzt und gegen die Anordnung protestiert.



Polizisten beim Versiegeln einer Kirchentür in Algerien

Gespräche mit Behörden zeigen keine Wirkung

Vertreter der gesetzlich anerkannten Dachorganisation protestantischer Kirchen in Algerien (EPA) bezeichneten die Schließung als illegal, da sie nicht von einem Gericht angeordnet worden sei. Bei einem Treffen von EPA-Vertretern mit den zuständigen Provinzbehörden am 28. August hatten die Beamten zugesagt, den Fall noch einmal zu überprüfen. Bis zur Versiegelung der Kirche am 2. September gab es jedoch keine weiteren Verlautbarungen von offizieller Seite.

Stattdessen wurden ebenfalls am 2. September die Leiter einer weiteren mit der EPA verbundenen Gemeinde in Maatkas von den Behörden vorgeladen. Sie wurden einem langen Verhör unterzogen, sind aber dankbar, dass für ihre Kirche keine Anordnung zur Schließung erlassen wurde.

Kirchen mit islamistischen Gruppierungen gleichgesetzt

Am 8. September veröffentlichte eine große algerische Tageszeitung eine interne Dienstanweisung des Innenministeriums mit dem Titel „Die Aktivitäten von religiösen Gruppen, die den nationalen

religiösen Gepflogenheiten widersprechen, insbesondere ihre destruktiven/subversiven Vorgehensweisen in der gegenwärtigen Situation des Landes“. Darin werden regionale Gouverneure und Leiter der Sicherheitsbehörden angewiesen, die Untersuchung der finanziellen Aktivitäten einiger religiöser Gruppierungen zu intensivieren. Laut der Zeitung nennt das Papier drei Gruppen, darunter die EPA und zwei für ihre aggressiven Agenden bekannte islamistische Gruppierungen.

In der Anweisung wird demnach behauptet, dass die protestantischen Führer mit Unterstützung ausländischer Parteien einen „böartigen Plan“ verfolgen, um „destruktive Ideen“ zu verbreiten. Der Kirche wird vorgeworfen, die aktuelle politische Situation zu nutzen, um derartige subversive Pläne umzusetzen.

Seit November 2017 wurden die meisten mit der EPA verbundenen Kirchen aufgefordert, eine staatliche Zulassung vorzulegen, wie sie eine Verordnung aus dem Jahr 2006 über nichtmuslimische Gottesdienste vorschreibt. Die Regierung hat jedoch bislang alle entsprechenden Anträge von Kirchen ignoriert und noch keine Genehmigung für einen christlichen Versammlungsort nach dieser Verordnung erteilt. Mehrere Kirchen haben seitdem schriftliche Anweisungen erhalten, alle Aktivitäten einzustellen. Mindestens sieben Kirchengebäude wurden versiegelt.

Quellen: Middle East Concern, Open Doors